



Dienstag, 25. Mai 2021, 16:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Der neue alte Krieg

Es kommt nicht von ungefähr, dass der Konflikt um Gaza jetzt wieder aufflammt – verantwortlich ist die brutale Vertreibungspolitik der israelischen Regierung.

von Annette Groth
Foto: Nick_Raille_07/Shutterstock.com

Die Staatsräson erfordert es angeblich, dass die deutsche Regierung in allen Konflikten grundsätzlich die Partei der israelischen Regierung ergreift. Aber ist es – wie der Begriff „Räson“ nahelegt – vernünftig, anzunehmen, dass immer nur eine Seite im Recht ist? Und ist die dauerhafte Leugnung der Bedürfnisse der Palästinenser und der Schuld der israelischen Seite geeignet, die Regionen nach Jahrzehnten blutiger Auseinandersetzungen zu befrieden? Deutsche Politiker und Medien sprechen von „militanten“ Palästinensern und dem Recht auf Selbstverteidigung Israels. Unterschlagen wird dabei meist die aktuelle

Ursache des wieder aufflammenden Konflikts: die Vertreibung palästinensischer Familien aus Ost-Jerusalem. Der nachfolgende Text ist eine Rede von Annette Groth auf der Mahnwache in Stuttgart am 15. Mai 2021, organisiert von „Palästina spricht“.

Wir haben heute schon einiges über die Nakba gehört, darum möchte ich auf die konkrete Situation in Palästina/Israel und in Gaza fokussieren.

Letzte Nacht sind in Gaza 2 Frauen und 8 Kinder durch Bomben getötet worden, ein Säugling hat überlebt, insgesamt sind bislang 132 Menschen allein in Gaza getötet worden, darunter 39 Kinder und 22 Frauen, die Zahl der Verwundeten beträgt 542, einschließlich 158 Kinder und 121 Frauen.

10.000 Menschen in Gaza haben durch Israels Bombardierungen ihre Wohnung verloren, so der Chef des dortigen UN-Palästinenserhilfswerks, Mathias Schmale. In dem Hanadi-Hochhaus, das durch israelische Bomben völlig zerstört wurde, haben fast 80 Familien gewohnt, sie sind jetzt auf der Straße.

Deutsche Politiker und Medien sprechen von „militanten“ Palästinensern und der „radikal-islamischen“ Hamas und dem Recht auf Selbstverteidigung Israels.

Aber die Ursachen für die Bombardierung Gazas und die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen arabischen und jüdischen israelischen Staatsangehörigen werden zumeist nicht erwähnt. Kürzlich hat ein israelisches Gericht die Vertreibung palästinensischer Familien in Ost-Jerusalem für rechtmäßig erklärt

hat, Familien, die seit Jahrzehnten dort leben, sollen vertrieben werden, und rechtsextreme Siedler sollen in diese Häuser einziehen. Ein barbarischer Akt gegen das Völkerrecht. Denn ein israelisches Gericht hat überhaupt keine Befugnis zur Rechtsprechung in Ost-Jerusalem, Al-Quds, weil die Besetzung und Aneignung von Al-Quds durch Israel illegal nach Internationalem Recht ist.

Seit dem 4. Mai 2021 stürmt die israelische Militärpolizei immer wieder das Ost-Jerusalem Viertel Sheikh Jarrah, Proteste werden von der Polizei brutal unterdrückt. Die Polizei begann, „Gummigeschosse“ direkt in die Gesichter der Demonstranten zu schießen, wodurch diese ihre Augen verloren. Schlagstöcke, Stinkwasser, Blendgranaten und berittene Pferde werden eingesetzt. In die Familienhäuser warfen Polizisten zudem immer wieder Tränengaskanister und das haben sie sogar in die AL Aksa Moschee gesprüht. Das Filmmaterial über das brutale Vorgehen in der Al-Aqsa-Moschee, die drittheiligste Stätte des Islams, verbreitete sich in den sozialen Netzwerken und ließ die Proteste eskalieren.

Saleh Higazi von Amnesty International kommentiert:

„Die jüngste Gewalttat wirft ein Schlaglicht auf Israels anhaltende Kampagne zum Ausbau illegaler israelischer Siedlungen und zur verstärkten Zwangsräumung palästinensischer Bewohner – wie etwa in Sheikh Jarrah –, um Platz für israelische Siedler zu schaffen. Diese Zwangsräumungen sind Teil eines fortlaufenden Musters in Sheikh Jarrah, sie verletzen eklatant das Völkerrecht und kämen Kriegsverbrechen gleich. (...) Die von Amnesty International gesammelten Beweise zeigen ein erschreckendes Muster israelischer Streitkräfte, die in den letzten Tagen missbräuchlich und mutwillig Gewalt gegen weitgehend friedliche palästinensische Demonstranten angewendet haben.“

Ein palästinensischer Journalist, der am Ort des Geschehens

anwesend war, beschrieb, wie die israelischen Streitkräfte randalierten und Geschosse und Tränengas abfeuerten. Er sagte zu Amnesty International:

„Ich berichte seit 10 Jahren über die Ereignisse in Jerusalem ... und ich hatte noch nie in meinem Leben solche Angst. Jeder war ein Ziel, ich möchte sagen, dass die Schießerei zufällig war, aber das wäre eine Lüge. Sie wussten genau, auf wen und wohin sie ihre Kugeln und Granaten richteten. Die meisten Menschen wurden in den Oberkörper (Augen, Gesicht und Brust) getroffen.“

Auch er wurde in den Rücken geschossen – während er seine Kamera hochhielt und versuchte, das Gebiet zu verlassen.

Wie die Situation in Gaza ist, schildert am 14. Mai ein Freund, der in Deutschland studiert hat und mit seiner Frau und 3 Kindern in Gaza lebt:

„Es gibt keinen Strom, da das einzige Elektrizitätswerk fast ausgeschaltet, weil es keine Brennstoffe gibt. Die Brennstoffe kommen aus Israel und die PA beziehungsweise Katar zahlen dafür.

Es gibt kein Leitungswasser. Und wenn es das mal gibt, dann ist es nur für die Klospülung geeignet, sonst nicht. Das Wasser ist sehr versalzen.

Es gibt kaum Medikamente in den Krankenhäusern. Die Patienten müssen sie selber kaufen. Wenn es sie denn in den Apotheken geben sollte.

Die Intensität der israelischen Luftangriffe ist sehr zu spüren. Das Haus wackelt und bebt, als wären die Luftangriffe nebenan. ... Ich habe das Gefühl, dass die israelischen Piloten jeden Einzelnen von uns, auch die Kinder hassen. Ich kann es mir sonst nicht erklären, wie sie

gezielt eine Wohnung bombardieren, obwohl sie sehen, dass da Kinder schlafen (geschlafen haben, denn sie sind jetzt tot).

Gestern Nacht waren die Angriffe heftiger, stärker, und irgendwie anders. ... Ich dachte, es handle sich um einen USA Action-Film. Es ist aber LEIDER sehr real. Die vierte Nacht in Folge ohne Schlaf, weder ich noch die Kinder und ebenso wenig meine Frau. Dann wurden Gift-Gas-Granaten auf unterschiedliche Stadtviertel in Gaza Stadt und im Norden vom Gazastreifen abgeworfen. Uns brannten gestern Nacht die Augen und wir hatten schlimme Atemprobleme. Das ist ein Horrorfilm und wir sind mittendrin. Ohne es zu wollen.

Ich hoffe, dass ein Waffenstillstand sofort erreicht werden kann, um das weitere Blutvergießen zu stoppen. Aus den Medien, auch aus den deutschen Nachrichten, ist zu hören, dass Israel den von Ägypten konkret vorgeschlagenen Waffenstillstand abgelehnt hat. Der Vorschlag war bestimmt mit Hamas abgestimmt, aber Israel will Gaza weiter bombardieren.“

Ich hoffe sehr, dass er und seine Familie diese fruchtbaren Bombardierungen überleben.

Tatsächlich lehnt Netanjahu Angebote nach Waffenstillstand vonseiten der Hamas bislang ab, was insbesondere innenpolitische Gründe hat. Derzeit sind die Koalitionsverhandlungen zwischen etlichen Parteien unterbrochen, die nach dem Scheitern einer Regierungsbildung unter Netanjahu erforderlich wurden.

Netanjahus Gegner sind bereit, sich von der arabischen Raam-Partei tolerieren zu lassen, nicht nur das: Sie brauchen die arabische Partei, um eine Mehrheit in der Knesset zu haben.

Raam hat aber angekündigt, die Koalitionsverhandlungen zu unterbrechen, solange die Kämpfe andauern. Das ist für Netanjahu eine einmalige Chance, denn er will so lange an der Macht bleiben,

bis er ein Gesetz durch die Knesset gebracht hat, das ihm Immunität gewährt. Denn sein Prozess wegen Korruption in drei Fällen läuft. Tachles, das Schweizer Jüdische Wochenmagazin, kommentiert wie folgt:

„Es geht schon lange nicht mehr um das Land. Alles und jeder wird zum Spielball der Interessen des Premiers. Es ist eine verrottete politische Kultur, die sich in Israel breitgemacht hat. (...) Und wer nicht für Netanyahu ist, ist sowieso ein ‚Feind‘, auf alle Fälle ein ‚Linker‘“ (Tachles, Jüdisches Wochenmagazin vom 12. Mai 2021).

Wer Netanjahu unterstützt, solidarisiert sich auch mit ultrarechten Regierungen wie Ungarn und Brasilien, Netanjahus gute Freunde. Gehört das auch zur berühmten „deutschen Staatsräson“?

Wer solidarisch sein will, muss die wenigen linken jüdischen Israelis unterstützen, die für gleiche Rechte für PalästinenserInnen kämpfen, gegen Apartheid im eigenen Land, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Menschenrechte und Völkerrecht. Diese Unterstützung brauchen auch Organisationen wie die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost, die sich ebenso für Gleichberechtigung einsetzt. Es ist skandalös, dass Mitglieder dieser Organisation als antisemitisch beschimpft werden und Auftrittsverbot in vielen Städten haben!

Zuletzt möchte ich die Forderung von Amnesty International nachdrücklich unterstützen. AI fordert die internationale Gemeinschaft auf, Israel für seine systematischen Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. Zitat:

„Israel darf nicht weiter gegen Palästinenser wüten, die lediglich ihr Existenzrecht verteidigen und gegen ihre Zwangsvertreibung protestieren. Bloße Äußerungen der Besorgnis über Israels völlige Missachtung seiner Verpflichtungen nach internationalem Recht

reichen nicht aus. Es müssen die eklatanten Verstöße klar und deutlich angeprangert werden, einschließlich der Zwangsvertreibung, der Ausweitung der illegalen Siedlungen und der brutalen Unterdrückung von Menschen, die gegen diese schweren Verstöße protestieren.“

Die Verstöße gegen Menschenrechte und gegen das Völkerrecht sind schon viel zu lange von der internationalen Gemeinschaft und auch insbesondere von der deutschen Regierung hingenommen worden. Das dürfen wir nicht länger zulassen! Verbrecher gehören bestraft!

Das EU-Israel-Assoziierungsabkommen muss ausgesetzt werden!

Hoch die internationale Solidarität!



Annette Groth, Jahrgang 1954, arbeitete als Entwicklungssoziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin eines europäischen Migrationsforschungsprojektes, Ökumene-Referentin bei der Evangelischen Studierendengemeinde, Education Officer beim Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, Direktorin einer tourismuskritischen NGO und Referentin für ein ökumenisches Stipendienprogramm des Diakonischen Werkes. Für die Partei Die Linke war sie eine Zeit lang Mitglied des Bundestages.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

